



# **DAS BERECHTIGUNGSWESEN DER FLUGSICHERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

**GESCHICHTLICHE ENTWICKLUNG / RECHTLICHE GRUNDLAGEN**



31. Juli 2004

# **Ausbildung und Autorisierung Flugsicherungspersonal vor der Organisationsprivatisierung 1993**

## Ausbildung und Autorisierung Flugsicherungspersonal vor der Organisationsprivatisierung 1993

Bis zur Organisationsprivatisierung der deutschen Flugsicherung im Jahre 1993 wurde die Flugsicherung gem. Art. 87d GG als Aufgabe der Luftverkehrsverwaltung ausschließlich in bundeseigener Verwaltung geführt mit der Konsequenz:

- a) Die Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse ist gem. Art. 33 Abs. 4 GG als ständige Aufgabe (dazu zählte auch die Ausübung der Lufthoheit und damit die Durchführung der Flugsicherung) i. d. R. Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu übertragen, die in einem **öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis** (Beamte) stehen. Gem. Art 33 Abs. 5 GG ist das Recht des öffentlichen Dienstes unter Berücksichtigung der **hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentum** zu regeln.
- b) Aus a) folgt Art. 34 GG (**Amtshaftung bei Amtspflichtverletzungen**). Dieser lautet:  
Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht (Staatshaftung). Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff vorbehalten.

## Ausbildung und Autorisierung Flugsicherungspersonal vor der Organisationsprivatisierung 1993

Vor diesem rechtlichen Hintergrund waren bis 1993 die Aufgaben der Flugsicherung, sowohl die Betriebsdienste als auch die Flugsicherungstechnischen Dienste betreffend, Bundesbeamten übertragen worden. Die Pflichten und Rechte der Beamten sind im **Bundesbeamtengesetz** (BBG) normiert. Insbesondere wurden Sie nach der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für **Laufbahnbeamte des Bundes** ausgebildet und geprüft. Damit war nach Auffassung der Bundesrepublik Deutschland den Erfordernissen des Grundgesetzes entsprochen und die bis dahin geltenden Richtlinien haben einen einheitlichen, den internationalen Empfehlungen der ICAO entsprechenden Ausbildungsstandard sicher gestellt. Weiterhin wurden Einzelheiten der Ausbildung sowie der Erlaubnis zum Betreiben von Flugsicherungstechnischen Anlagen und Systemen sowie von Ausbildungsstätten überhaupt geregelt.

Dem Willen zur Organisationsprivatisierung der Deutschen Flugsicherung folgend, haben 1992 Bundestag und Bundesrat eine Änderung des Art. 87d Abs. 1 GG wie folgt geändert:

**“Über die öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Organisationsform wird durch Bundesgesetz entschieden.“**

# **Gründung der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH**

## Gründung der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH

Die 10. Novelle zum Luftverkehrsgesetz vom 30.07.1992 hat zur Organisationsprivatisierung der Deutschen Flugsicherung geführt, die gem. § 31 b LuftVG auf die DFS – Deutsche Flugsicherung GmbH (nachfolgend DFS genannt) übertragen worden ist. Deren alleiniger Gesellschafter ist die Bundesrepublik Deutschland.

Dies geschah durch die Verordnung zur Beauftragung eines Flugsicherungsunternehmens (FS-AuftragsV) vom 11.11.1992 BGBl. I. S. 1928.

# **Anlass zur Schaffung des neuen Berechtigungswesens**



## Anlass zur Schaffung des neuen Berechtigungswesens

Da die DFS GmbH in ihrer privatrechtlichen Organisationsform ab Januar 1993 neues Personal nur noch auf der Grundlage privatrechtlicher Arbeitsverträge beschäftigen und dieses nicht mehr wie Bundesbeamte nach der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Laufbahnbeamte des Bundes ausbilden kann, ist nach Auffassung der Bundesregierung die Verordnung über das Erlaubnispflichtige Personal für die Flugsicherung und seine Ausbildung (FSPAV, heute FISichPersAusV) zur Aufrechterhaltung gebotener Ausbildungsstandards und gebotener Qualität national wie international notwendig geworden. Der Bundesminister für Verkehr machte daher von der in § 32 Abs. 4 Nr. 4 und 5 LuftVG eingeräumten Möglichkeit Gebrauch und regelte die Einzelheiten durch Rechtsverordnung.

Im wesentlichen sind in der Verordnung (FISichAusPersV) die Anforderungen an die Befähigung und Eignung des Erlaubnispflichtigen Personals für die Flugsicherung sowie die Art, der Umfang und die fachlichen Voraussetzungen der Erlaubnisse geregelt. Einbezogen in diese Regelungen sind auch das Verfahren zum Erwerb der Erlaubnisse und Berechtigungen sowie deren Rücknahme oder Beschränkung.

Zum Erlaubnispflichtigen Personal für die Flugsicherung zählen das Flugsicherungsbetriebspersonal (Fluglotsen und Flugdatenbearbeiter) sowie das Flugsicherungstechnische Personal für die Inbetriebhaltung der betrieblich genutzten flugsicherungstechnischen Einrichtungen.

# **Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993**

## Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993

### Ebene Grundgesetz

**Grundgesetz  
Bundesrepublik  
Deutschland**

(Verfassung)

### **Art. 87 d (1) (Luftverkehrsverwaltung)**

Abs. 1 neugefasst durch Gesetz  
vom 19.07.1992

- (1) Die Luftverkehrsverwaltung wird in bundeseigener Verwaltung geführt. Über die öffentlich-rechtliche oder privat-rechtliche Organisationsform wird durch Bundesgesetz entschieden.

## Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993

<p><b>Ebene Bundesgesetz</b></p> <p><b>Luftverkehrsrecht</b></p> <p><b>Luftverkehrsgesetz (LuftVG)</b></p> <p>10. Novelle zum LuftVG durch Gesetz vom 30.07.1992</p>	<p><b>§ 31 b (1) LuftVG (Beleihung der DFS GmbH)</b></p>	<p>(1) Das Bundesministerium für Verkehr wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, deren Anteile ausschließlich vom Bund gehalten werden, mit der Wahrnehmung von in §27 c genannten Aufgaben der Flugsicherung zu beauftragen (Flugsicherungsunternehmen, DFS GmbH).</p>
--	--	---

## Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993

### **Ebene Bundesgesetz**

#### **Luftverkehrsrecht**

#### **Luftverkehrsgesetz (LuftVG)**

#### **§ 31 d (1) LuftVG Satz 1 (Fachaufsicht)**

- (1) Die Beauftragung nach den §§ 31a bis 31c ist nur zulässig, wenn der zu beauftragende einwilligt und hinreichende Gewähr für die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgabe bietet.

## Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993

<p><b>Ebene Bundesgesetz</b></p> <p><b>Luftverkehrsrecht</b></p> <p><b>Luftverkehrsgesetz (LuftVG)</b></p>	<p><b>§ 32 (4) LuftVG (Rechtsverordnungen)</b></p>	<p>(4) Das Bundesministerium für Verkehr erlässt ohne Zustimmung des Bundesrates Rechtsverordnungen über :</p> <p>4. die Anforderung an die Befähigung und Eignung des nach diesem Gesetz erlaubnispflichtigen Personals für die Flugsicherung und seiner Ausbilder, die Art, den Umfang und die fachlichen Voraussetzungen der Erlaubnisse sowie das Verfahren zur Erlangung der Erlaubnisse und Berechtigungen und deren Rücknahme und Widerruf oder Beschränkung.</p>
--	--	--

## Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993

### Ebene Bundesgesetz

### Luftverkehrsrecht

### Luftverkehrsgesetz (LuftVG)

### § 4 (1) LuftVG (Erlaubnis/Bedingungen)

- (1) Wer ein Luftfahrzeug führt oder bedient (Luftfahrer), bedarf der Erlaubnis. Die Erlaubnis wird nur erteilt, wenn
1. der Bewerber das vorgeschriebene Mindestalter besitzt,
  2. der Bewerber seine Tauglichkeit nachgewiesen hat,
  3. keine Tatsachen vorliegen, die den Bewerber als unzuverlässig erscheinen lassen, ein Luftfahrzeug zu führen oder zu bedienen,

## Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993

### Ebene Bundesgesetz

### Luftverkehrsrecht

### Luftverkehrsgesetz (LuftVG)

### § 4 (1) LuftVG (Erlaubnis/Bedingungen)

- (1) Wer ein Luftfahrzeug führt oder bedient (Luftfahrer), bedarf der Erlaubnis. Die Erlaubnis wird nur erteilt, wenn
- ...
4. der Bewerber eine Prüfung nach der Verordnung über Luftfahrtpersonal bestanden hat und
  5. dem Bewerber nicht bereits eine Erlaubnis gleicher Art und gleichen Umfangs nach Maßgabe dieser Vorschrift erteilt worden ist.



**Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993**

<p><b>Ebene Bundesgesetz</b></p> <p><b>Luftverkehrsrecht</b></p> <p><b>Luftverkehrsgesetz (LuftVG)</b></p>	<p><b>§ 4 (3) LuftVG (Widerruf der Erlaubnis)</b></p> <p><b>§ 4 (5) LuftVG (Flugsicherungspersonal)</b></p>	<p>(3) Die Erlaubnis ist zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen nach Abs. 1 nicht mehr vorliegen</p> <p>(5) Auf das Personal für die Flugsicherung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) in den Flugsicherungsbetriebsdiensten</li> <li>b) bei Betrieb Instandhaltung und Überwachung der flugsicherungstechnischen Einrichtungen</li> </ul>
--	---	---

## Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993

### Ebene Bundesgesetz

### Luftverkehrsrecht

### Luftverkehrsgesetz (LuftVG)

### § 4 (5) LuftVG (Flugsicherungspersonal)

(5) Auf das Personal für die Flugsicherung

...

sind Absatz 1 Satz 1, 2 Nr. 1 bis 3 und Absatz 3 entsprechend anzuwenden. Voraussetzung ist ferner der Nachweis der Befähigung und Eignung gemäß einer Rechtsverordnung nach § 32 Abs. 4 Nr. 4

## Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993

### Ebene Bundesgesetz

### Luftverkehrsrecht

### Luftverkehrsgesetz (LuftVG)

**§ 27 c (1) LuftVG  
(Auftrag)**

(1) Flugsicherung dient der sicheren, geordneten und flüssigen Abwicklung des Luftverkehrs

**§ 27 c (2) LuftVG  
(Aufgaben)**

(2) Sie umfasst insbesondere folgende Aufgaben:

1. Die Flugsicherungsbetriebsdienste zu denen gehören
  - a) die Flugverkehrskontrolle
  - b) die Verkehrsflussregelung

## Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993

### Ebene Bundesgesetz

### Luftverkehrsrecht

### Luftverkehrsgesetz (LuftVG)

### § 27 c (2) LuftVG (Aufgaben)

(2) Sie umfasst insbesondere folgende Aufgaben:

2. Die flugsicherungstechnischen Dienste, zu denen gehören
  - a) die Beschaffung, der Einbau und die Abnahme der flugsicherungstechnischen Einrichtungen,
  - b) der Betrieb, die Instandhaltung und die Überwachung der flugsicherungstechnischen Einrichtungen,

## Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993

### Ebene Bundesgesetz

#### Luftverkehrsrecht

#### Luftverkehrsgesetz (LuftVG)

#### § 27 c (2) LuftVG (Aufgaben)

- (2) Sie umfasst insbesondere folgende Aufgaben:
2. Die flugsicherungstechnischen Dienste, zu denen gehören
    - c) Die Entwicklung und Pflege der Anwendungsprogramme in der elektronischen Datenverarbeitung für die Flugsicherung;

## Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993

### Ebene Bundesgesetz

### Luftverkehrsrecht

### Luftverkehrsgesetz (LuftVG)

### § 27 c (2) LuftVG (Aufgaben)

- (2) Sie umfasst insbesondere folgende Aufgaben:
3. die Planung und Erprobung von Verfahren und Einrichtungen für die Flugsicherung;
  4. die Sammlung und die Bekanntgabe von Nachrichten für die Luftfahrt sowie die Herstellung und die Herausgabe der Karten.

**Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993**

<p><b>Ebene</b></p> <p><b>Bundesverkehrs- ministerium</b></p> <p><b>Verordnungen</b></p>	<p><b>Verordnung zur</b></p> <p><b>Beauftragung eines</b></p> <p><b>Flugsicherungs- Unternehmens</b></p> <p><b>(FS-AuftragsV)</b></p>	<p>Augrund des § 31 b Abs. 1 und des § 31 d Abs. 1 Satz 1 des Luftverkehrsgesetzes, die durch das Zehnte Gesetz zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes vom 23. Juli 1992 eingefügt worden sind, verordnet der Bundesminister für Verkehr</p>
--	---	---

## Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993

<p><b>Ebene</b></p> <p><b>Bundesverkehrs- ministerium</b></p> <p><b>Verordnungen</b></p>	<p><b>§ 1 FS-AuftragsV</b></p>	<p>§1 Die im Handelsregister, Abteilung B, des Amtsgerichts Offenbach unter der Nummer 8533 eingetragene Deutsche Flugsicherung Gesellschaft mit beschränkter Haftung wird mit der Wahrnehmung der in § 27 c Abs. 2 des Luftverkehrsgesetzes genannten Aufgaben beauftragt.</p>
--	--------------------------------	---



**Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993**

<p><b>Ebene</b></p> <p><b>Bundesverkehrs- ministerium</b></p> <p><b>Verordnungen</b></p>	<p><b>Verordnung über</b></p> <p><b>das erlaubnis- pflichtige Personal der Flugsicherung</b></p> <p><b>und</b></p> <p><b>seine Ausbildung</b></p> <p><b>(FISichPersAusV)</b></p> <p>vom 30. Juni 1999</p>	<p>Aufgrund des § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 4 und 5 und Satz 3 des Luftverkehrsgesetzes, in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. März 1999 in Verbindung mit Art. 56 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 18. März 1975 und dem Organisationserlass vom 27. Oktober 1998 verordnet das Bundesministerium für Verkehr im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung:</p>
--	---	--

**Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993**

<p><b>Ebene</b></p> <p><b>Bundesverkehrs- ministerium</b></p> <p><b>Verordnungen</b></p>	<p><b>Verordnung über</b></p> <p><b>das erlaubnis- pflichtige Personal der Flugsicherung</b></p> <p><b>und</b></p> <p><b>seine Ausbildung</b></p> <p><b>(FISichPersAusV)</b></p> <p>vom 30. Juni 1999</p>	<p><b>Inhaltsübersicht</b></p> <p>Erster Abschnitt</p> <p><b>Anwendungsbereich und Erlaubnispflicht</b></p> <p>§ 1 Anwendungsbereich</p> <p>§ 2 Erlaubnispflichtiges Personal</p>
--	---	---

**Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993**

<p><b>Ebene</b></p> <p><b>Bundesverkehrs- ministerium</b></p> <p><b>Verordnungen</b></p>	<p><b>Verordnung über</b></p> <p><b>das erlaubnis- pflichtige Personal der Flugsicherung</b></p> <p><b>und</b></p> <p><b>seine Ausbildung</b></p> <p><b>(FISichPersAusV)</b></p> <p>vom 30. Juni 1999</p>	<p>Zweiter Abschnitt</p> <p><b>Ausbildung, Prüfungen, Erlaubnisse und Berechtigungen</b></p> <p><b>Erster Unterabschnitt: Voraussetzungen</b></p> <p>§ 3 Voraussetzungen</p> <p>§ 4 Feststellung und Nachweis der körperlichen Tauglichkeit</p>
--	---	---

**Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993**

<p><b>Ebene</b></p> <p><b>Bundesverkehrs- ministerium</b></p> <p><b>Verordnungen</b></p>	<p><b>Verordnung über</b></p> <p><b>das erlaubnis- pflichtige Personal der Flugsicherung</b></p> <p><b>und</b></p> <p><b>seine Ausbildung</b></p> <p><b>(FISichPersAusV)</b></p> <p>vom 30. Juni 1999</p>	<p><b>Zweiter Unterabschnitt: Ausbildung und Prüfungen zum Erwerb von Erlaubnissen und Berechtigungen</b></p> <p>§ 5 Ausbildung</p> <p>§ 6 Grundlegende Ausbildung</p> <p>§ 7 Leistungsnachweise</p> <p>§ 8 Erlaubnisprüfung</p> <p>§ 9 Erwerb, Erteilung und Wirkung der Erlaubnisse</p> <p>§ 10 Betriebliche Ausbildung, Leistungsnachweise</p>
--	---	---

**Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993**

<p><b>Ebene</b></p> <p><b>Bundesverkehrs- ministerium</b></p> <p><b>Verordnungen</b></p>	<p><b>Verordnung über</b></p> <p><b>das erlaubnis- pflichtige Personal der Flugsicherung</b></p> <p><b>und</b></p> <p><b>seine Ausbildung</b></p> <p><b>(FISichPersAusV)</b></p> <p>vom 30. Juni 1999</p>	<p><b>Zweiter Unterabschnitt: Ausbildung und Prüfungen zum Erwerb von Erlaubnissen und Berechtigungen</b></p> <p>§ 11 Prüfung zum Erwerb einer Berechtigung, Erteilung und Wirkung einer Berechtigung</p> <p>§ 12 Ausnahmeregelungen</p> <p>§ 13 Berechtigung zur praktischen Ausbildung</p>
---	---	---

**Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993**

<p><b>Ebene</b></p> <p><b>Bundesverkehrs- ministerium</b></p> <p><b>Verordnungen</b></p>	<p><b>Verordnung über</b></p> <p><b>das erlaubnis- pflichtige Personal der Flugsicherung</b></p> <p><b>und</b></p> <p><b>seine Ausbildung</b></p> <p><b>(FISichPersAusV)</b></p> <p>vom 30. Juni 1999</p>	<p><b>Dritter Unterabschnitt: Prüfungsbestimmungen</b></p> <p>§ 14 Prüfungsausschüsse, Durchführung der Prüfungen</p> <p>§ 15 Bewertung und Bestehen der Leistungsnachweise, Teilprüfungen und Prüfungen</p> <p>§ 16 Wiederholung</p>
--	---	---

**Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993**

<p><b>Ebene</b></p> <p><b>Bundesverkehrs- ministerium</b></p> <p><b>Verordnungen</b></p>	<p><b>Verordnung über</b></p> <p><b>das erlaubnis- pflichtige Personal der Flugsicherung</b></p> <p><b>und</b></p> <p><b>seine Ausbildung</b></p> <p><b>(FISichPersAusV)</b></p> <p>vom 30. Juni 1999</p>	<p><b>Dritter Unterabschnitt: Prüfungsbestimmungen</b></p> <p>§ 17 Rücktritt</p> <p>§ 18 Versäumnisfolgen</p> <p>§ 19 Ordnungsverstöße und Täuschungsversuche</p> <p>§ 20 Prüfungsunterlagen</p>
--	---	--

**Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993**

<p><b>Ebene</b></p> <p><b>Bundesverkehrs- ministerium</b></p> <p><b>Verordnungen</b></p>	<p><b>Verordnung über</b></p> <p><b>das erlaubnis- pflichtige Personal der Flugsicherung</b></p> <p><b>und</b></p> <p><b>seine Ausbildung</b></p> <p><b>(FISichPersAusV)</b></p> <p>vom 30. Juni 1999</p>	<p><b>Vierter Unterabschnitt: Gültigkeitsdauer, Verlängerung Erneuerung, Widerruf und Ruhe von Erlaubnissen und Berechtigungen</b></p> <p>§ 21 Gültigkeit, Widerruf, Ruhe und Erneuerung von Erlaubnissen</p> <p>§ 22 Gültigkeitsdauer, Verlängerung und Erneuerung von Berechtigungen</p> <p>§ 23 Überprüfung, Widerruf und Ruhe von Berechtigungen</p>
--	---	--



**Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993**

<p><b>Ebene</b></p> <p><b>Bundesverkehrs- ministerium</b></p> <p><b>Verordnungen</b></p>	<p><b>Verordnung über</b></p> <p><b>das erlaubnis- pflichtige Personal der Flugsicherung</b></p> <p><b>und</b></p> <p><b>seine Ausbildung (FISichPersAusV)</b></p> <p>vom 30. Juni 1999</p>	<p>Dritter Abschnitt</p> <p><b>Ausbildungsstätten</b></p> <p>§ 24 Erlaubnis von Ausbildungsstätten</p>
--	---	--

**Rechtliche Grundlage der Deutschen Flugsicherung nach der Organisationsprivatisierung 1993**

<p><b>Ebene</b></p> <p><b>Bundesverkehrs- ministerium</b></p> <p><b>Verordnungen</b></p>	<p><b>Verordnung über</b></p> <p><b>das erlaubnis- pflichtige Personal der Flugsicherung</b></p> <p><b>und</b></p> <p><b>seine Ausbildung</b></p> <p><b>(FISichPersAusV)</b></p> <p>vom 30. Juni 1999</p>	<p>Vierter Abschnitt</p> <p><b>Übergangsbestimmungen; Inkrafttreten</b></p> <p>§ 25 Übergangsbestimmungen</p> <p>§ 26 Inkrafttreten</p>
--	---	---

---

**Wirkung der Verordnung  
über  
das erlaubnispflichtige Personal  
der Flugsicherung  
und  
seine Ausbildung**

## **Wirkung der Verordnung über das erlaubnispflichtige Personal der Flugsicherung und seine Ausbildung**

**Durch die Verordnung über das erlaubnispflichtige Personal der Flugsicherung und seine Ausbildung (FISichPersAusV) wird in der Deutschen Flugsicherung GmbH garantiert:**

- 1. dass der Bewerber das vorgeschriebene Mindestalter besitzt.**
- 2. dass der Bewerber seine Tauglichkeit nachgewiesen hat, dass also alle Mitarbeiter, die an flugsicherungstechnischen Einrichtungen arbeiten, die gesundheitlichen Mindeststandards erfüllen.**

Die Erfahrung zeigen, dass insbesondere der permanente Schichteinsatz zur gesundheitlichen Schädigung führen kann. Die Überprüfung der Tauglichkeit in bestimmten Zeitintervallen stellt das Interesse sowohl der Arbeitgeber als auch der Mitarbeiter an der Erhaltung der Gesundheit des Mitarbeiters sicher.

- 3. dass der Mitarbeiter zuverlässig, also auch für die Mitarbeit in der Flugsicherung persönlich geeignet ist.**

Die Behörde prüft vor Ausstellung der Erlaubnis bzw. Berechtigung neben der Qualifikation auch die persönliche Eignung des Mitarbeiters, der künftig an flugsicherungstechnischen Einrichtungen eingesetzt werden soll.

## **Wirkung der Verordnung über das erlaubnispflichtige Personal der Flugsicherung und seine Ausbildung**

- 4. dass an flugsicherungstechnischen Einrichtungen nur Mitarbeiter eingesetzt werden, die über eine, ihrer Aufgabe entsprechenden, Qualifikation verfügen.**

Die Berechtigung stellt die umfassende und theoretische und Praktische Ausbildung des Mitarbeiters durch eine angemessene Prüfung sicher. Dabei wird insbesondere die Erhaltung der Professionalität des Mitarbeiters durch die Bedingungen des Fortbestands der Berechtigung (Verlängerung) angestrebt.

- 5. dass die Mitarbeiter an flugsicherungstechnischen Einrichtungen über das Grundverständnis für das Gesamtsystem Flugsicherung verfügen und sich über die Konsequenzen ihres Wirkens im klaren sind und so die Risiken ihres Handelns abschätzen können.**

Die Ausbildung vermittelt Kenntnisse zur Normierung der Flugsicherung, also die Kenntnis der Mitarbeiter Ihrer persönlichen Verantwortung und die des Providers für die Flugsicherung sowie über die betrieblichen Abläufe in der Flugsicherung, die Funktionen und das Zusammenspiel der einzelnen Flugsicherungssysteme.

## Wirkung der Verordnung über das erlaubnispflichtige Personal der Flugsicherung und seine Ausbildung

### 6. dass die Mitarbeiter an flugsicherungstechnischen Einrichtungen nicht überfordert sind.

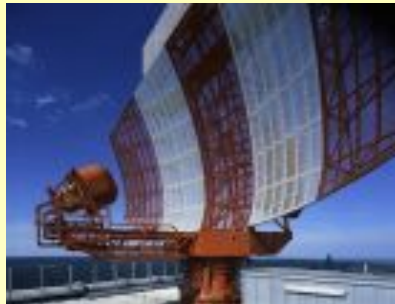
Durch die Vorgabe von so genannten Einsatzberechtigungsgruppen (EBG-T) auf der Grundlage durchschnittlicher Wissensbandbreite soll der Überforderung der Mitarbeiter vorgebeugt werden. Bei der Gestaltung dieser Einsatzberechtigungsgruppen hat die Interessenvertretung der Arbeitnehmer hinsichtlich der Struktur und des Gesundheitsschutzes ein Mitspracherecht.

### 7. dass die flugsicherungstechnischen Einrichtungen sowohl den betrieblichen Anforderungen als auch den Sicherheitsstandards entsprechen.

Das Berechtigungssystem initiierte auf gesetzlicher Grundlage eine Vielzahl interner Vorschriften und Richtlinien für die Inbetriebnahme flugsicherungstechnischer Einrichtungen sowie für deren Inbetriebhaltung. So legen z.B. bei der **betrieblichen Freigabe** die Betriebsdienste und die Technischen Dienste in enger Zusammenarbeit den **Sollstand** der freizugebenden **flugsicherungstechnischen Einrichtungen** fest. Dieser, von beiden Seiten genehmigte Sollstand, normiert die betriebliche Freigabe nach Abschluss erfolgter Inbetriebhaltungsmassnahmen. Die Verantwortung der Freigabe nach erfolgter Inbetriebhaltungsmassnahme trägt allein der Berechtigungsinhaber.

## Wirkung der Verordnung über das erlaubnispflichtige Personal der Flugsicherung und seine Ausbildung

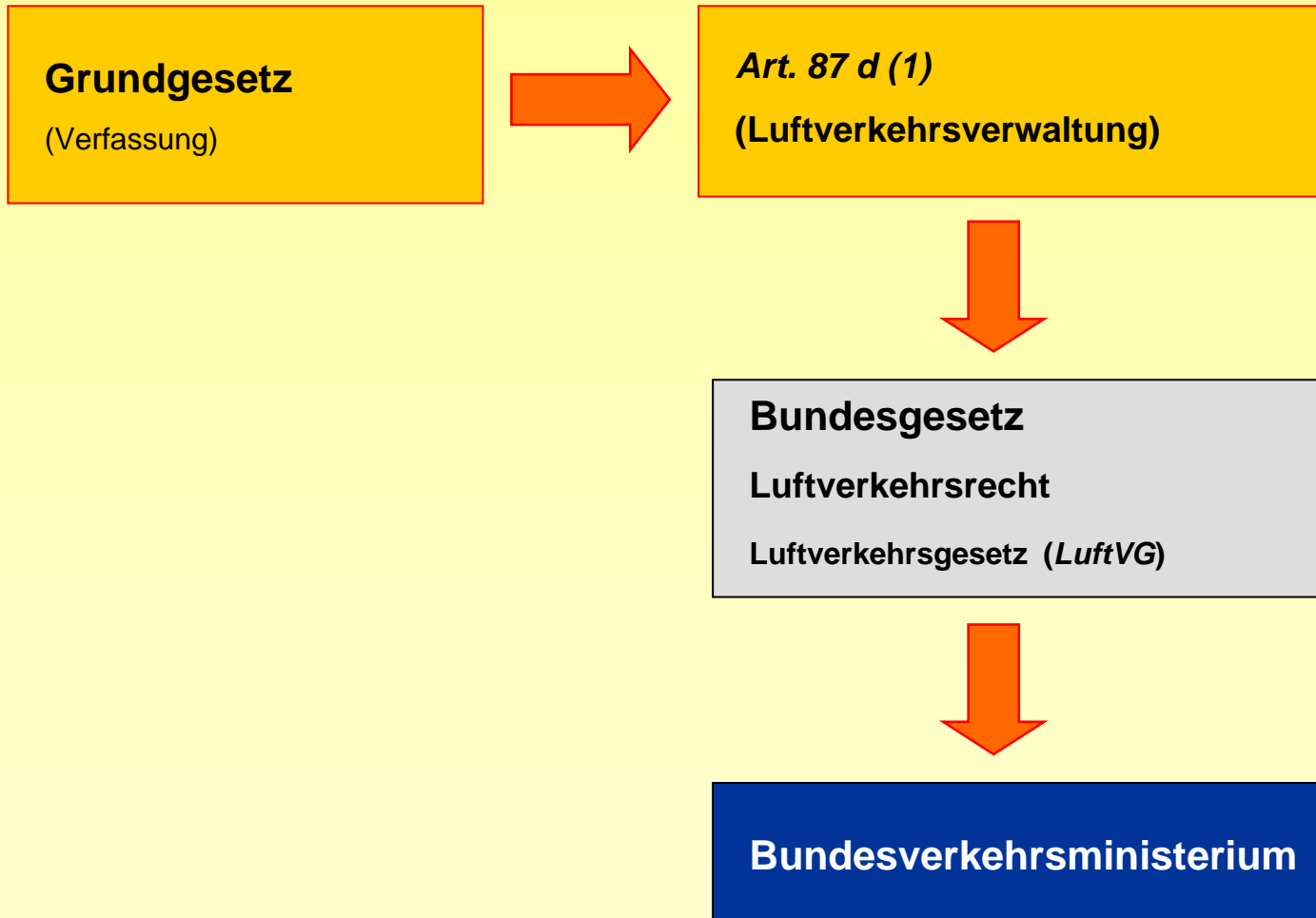
8. dass summa summarum die Qualität flugsicherungstechnischer Einrichtungen höchstmöglichen Qualitätsstandards entspricht, was durch alleinige Zertifizierung flugsicherungstechnischer Einrichtungen niemals erreicht werden könnte.



# Zusammenfassung



## Zusammenfassung



## Zusammenfassung

**Bundesgesetz**  
**Luftverkehrsrecht**  
*Luftverkehrsgesetz (LuftVG)*



**§ 4 (1) LuftVG**  
**(Erlaubnis/Bedingungen)**

**§ 4 (3) LuftVG**  
**(Widerruf der Erlaubnis)**

**§ 4 (5) LuftVG**  
**(Flugsicherungspersonal)**

**§ 27 c (1) LuftVG**  
**(Auftrag)**

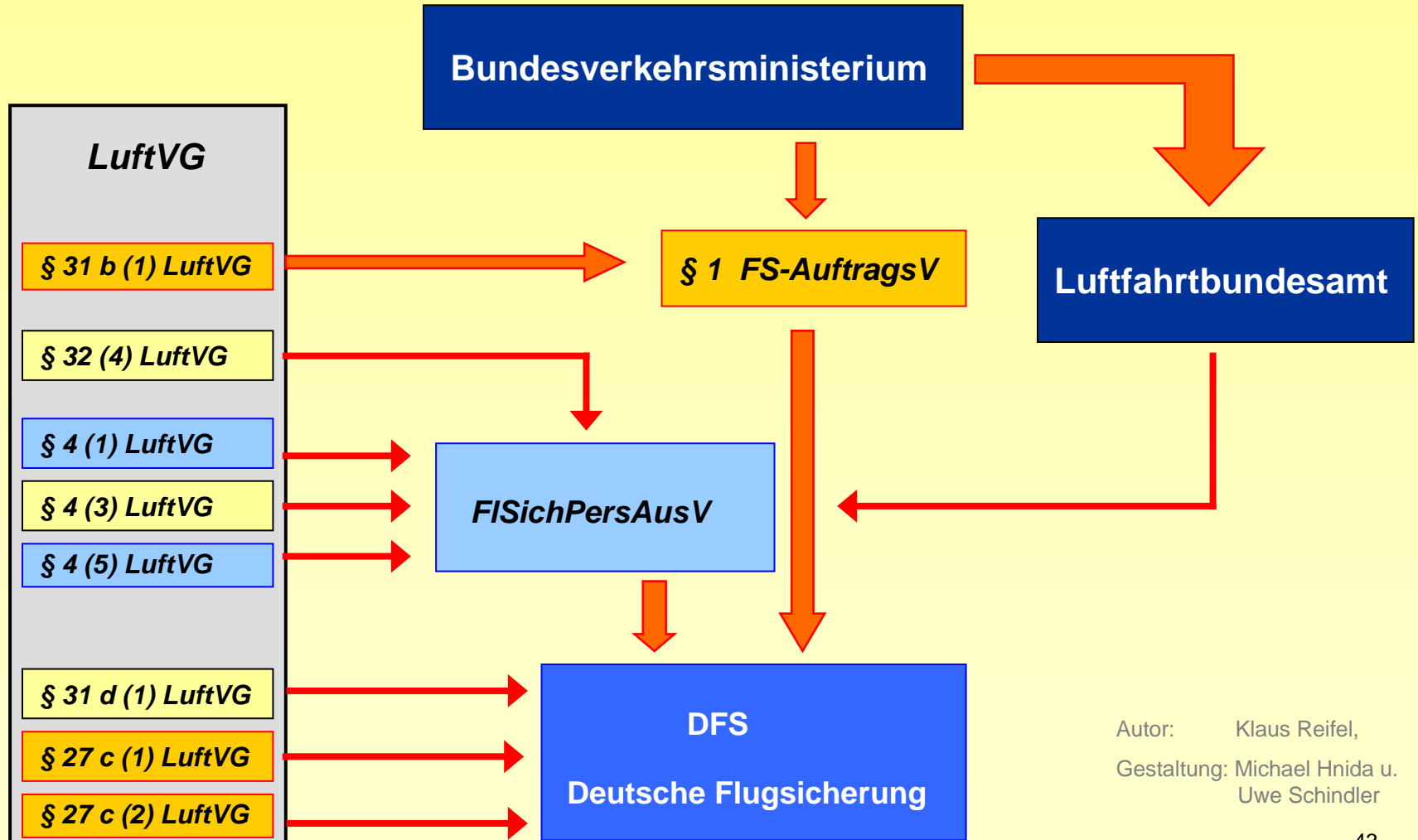
**§ 27 c (2) LuftVG**  
**(Aufgaben)**

**§ 31 b (1) LuftVG**  
**(Beleihung der DFS GmbH)**

**§ 31 d (1) LuftVG Satz 1**  
**(Fachaufsicht)**

**§ 32 (4) LuftVG**  
**(Rechtsverordnungen)**

Zusammenfassung



Autor: Klaus Reifel,  
Gestaltung: Michael Hnida u.  
Uwe Schindler

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

